

© Folketinget



Lars Løkke Rasmussen ist seit Mitte Juni dänischer Ministerpräsident.

Schwache Regierung nach Neuwahlen

DÄNEMARK >> Dänemark hat nach Parlamentswahlen Mitte Juni die rechnerisch schwächste Regierung seit über 4 Jahrzehnten bekommen. Der ehemalige (2009-2011) und neue »Statsminister« Lars Løkke Rasmussen ist eigentlich Verlierer der Wahl: Seine rechtsliberale Partei Venstre bekam nur noch 34 der 179 Mandate im Folketing. Lars Løkke profitiert davon, dass die stärkste Fraktion des rechtskonservativen Bürgerblocks, die rechtspopulistische Dansk Folkeparti unter dem Juristen Kristian Thulesen Dahl, zwar den größten Zuwachs aller Parteien

verbuchen konnte, von kleineren bürgerlichen Parteien aber nach wie vor nicht als »stubenrein« und regierungsfähig angesehen wird. Dass Venstre mit nur 19,5 Prozent Stimmenanteil (-7,2 Prozent!) die Regierung stellt, folgt dem Prinzip dänischer Politik: Regieren kann, wer keine Mehrheit gegen sich hat. Die zuvor an der Macht befindlichen Sozialdemokraten verbuchten nach langer Zeit einen Stimmzuwachs und wurden wieder stärkste Fraktion im Folketing, haben aber ihre potentiellen Partner verloren, und so reichte es nicht für eine Mitte-Links-Mehrheit.

Die liberale Minderheitsregierung ist vor allem auf Unterstützung der ausländerfeindlichen, EU-kritischen Dansk Folkeparti angewiesen, die im Wahlkampf unter anderem die Wiedereinführung regelmäßiger Grenzkontrollen forderte. Die neue Regierung kündigte inzwischen an, Ausländer- und Asylrecht gegen Missbrauch zu verschärfen, aber die Bedürfnisse der Wirtschaft beispielsweise zur Anwerbung qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte zu berücksichtigen.

Auch der Grenzverkehr soll besser überwacht und die Mittel für Polizei und Zoll im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität erhöht werden – aber anders als bei dem kläglichen Versuch 2011 diesmal im Einklang mit dem Schengen-Abkommen. Außerdem könnte eine Volksabstimmung noch in diesem Jahr den dänischen Umgang mit EU-Recht neu regeln. Die Liberalen hoffen auf ein EU-freundliches Ja-Ergebnis, das den Rechtspopulisten Wind aus den Segeln nehmen soll, die ein generelles »Nein« zur EU fordern.

Angesichts dieser Konstellation sei der Hinweis gestattet: In Dänemark kann der Regierungschef jederzeit mit 21 Tagen Vorlauf Neuwahlen ansetzen. Eine ähnlich schwache Venstre-Regierung Anfang der 1970er griff nach nur zwölf Monaten Amtszeit zu diesem Mittel. (h/rk)

Mehr zur Juni-Wahl und alle Ergebnisse im Detail auf www.nordis.de.

Suzannes Wort-Reich



Was bedeutet SAKTE-TV?

NORWEGEN >> Millionen Norweger aus allen Schichten und Altersgruppen sitzen gebannt vor dem Fernsehgerät und verfolgen zwölf Stunden lang, wie aus einem Schaf ein Norwegerpullover wird oder wie eine ganze Nacht lang ein Kaminfeuer Scheit für Scheit herunterbrennt. Weg vom hektischen Zeitgeschehen, hin zur Natur und Tradition. Der norwegische Sender NRK2 strahlt dieses »langsame Fernsehen« (Sakte-TV) schon seit Jahren in unregelmäßigen Abständen mit immer neuen Themen aus. Das erfolgreiche Sendungsformat ist jetzt auch in die USA verkauft worden. Ab Herbst trifft norwegische Geruhsamkeit auf actiongeladene Krimiserien. (Suzanne Forsström)



© Jerzy Sawluk/pixelio.de

Künftig könnten weite Flächen des Nordpolarmeeres wie hier vor Grönland eisfrei sein.

Schutz für Fische im Nordpolarmeer

ARKTIS >> »Die Arktis-Länder haben sich darauf verständigt, möglichen kommerziellen Fischfang im Nordpolarmeer in Zukunft zu unterbinden. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass das Meer in arktischen Breiten bedingt durch den Klimawandel in den Sommermonaten künftig eisfrei bleibt. Schon jetzt beobachten Forscher einen immer stärkeren Rückgang der Eisflächen während der warmen Jahreszeit. Bereits 2012 hatte ein Verbund aus Wissenschaftlern ein Fischereiverbot zum Schutz der Natur im Nordpolarmeer gefordert. Nun haben die fünf Anrainerstaaten USA, Russland, Kanada, Dänemark (repräsentativ für Grönland) und Norwegen ein Abkommen unterzeichnet, wonach industrielle Fischerei in einer 2,8-Millionen-Quadratkilometer großen Zone auch dann nicht gestattet ist, wenn es in Zukunft technisch möglich wäre. Zusätzlich wollen die Länder die gemeinsame Forschung verstärken, um die Folgen der Erderwärmung noch besser zu erfassen. (sb)